

Übergeordnete Prozesse

hier: aktueller Sachstand der laufenden Untersuchungen

Desksharing

Ansatz:

Mögliche Einsparungen bei

- a) Gebäude- und Raumkosten (Mietzins, Unterhaltskosten)
- b) Kosten für die Arbeitsplatzausstattung (Möblierung, technische Ausstattung, Anbindung)
- c) Energiekosten

Sachstand:

Ansatzpunkte für die Zusammenführung mehrerer Teilzeitkräfte an einem Arbeitsplatz (Desksharing) werden bei Teilzeitkräften mit Bildschirmarbeitsplatz und max. $\frac{2}{3}$ Arbeitszeit einer Vollzeitkraft gesehen. Stadtweit wäre dies theoretisch bei über 830 Beschäftigten möglich.

In einem Pilotversuch bei den Dienststellen KaSt und OrgA wurden in Frage kommende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Gründen ihres jeweiligen individuellen Arbeitszeitmodells befragt sowie nach den Möglichkeiten, dieses zu verändern. Diese Interviews brachten wertvolle Erkenntnisse für den weiteren Umgang mit dem Desksharing ein.

Desksharing soll zukünftig anlassbezogen in Projekte der Zentralen Steuerung / Gebäudemanagement einfließen. Geplant ist dabei die Entwicklung von standardisierten Konzepten und Plänen für Büroflächen unter der Gewährleistung eines auch weiterhin funktionellen Arbeitens sowie möglichst familienfreundlicher Arbeitszeiten für die Beschäftigten.

Eine Standardisierung von Büros wirkt auch positiv im übergeordneten Prozess "Beschaffung". Ebenso wird der weitere Ausbau der Telearbeit zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, die Vorhaltung zeitweise unbesetzter Arbeitsplätze in städtischen Büros zukünftig zu vermeiden.

Beschaffung

Ansatz:

Zu prüfen ist, ob bei der Stadt Nürnberg durch eine stärkere Zentralisierung von Beschaffungsaktivitäten Bündelungsvorteile realisiert werden können. Dabei ist sowohl an

- a) Preisnachlässe durch größere Beschaffungsmengen, als auch an die
 - b) Vermeidung von Mehrfachbestellungen für gleiche Bedarfe ("Doppelarbeit") zu denken.
- Grundsätzlich findet eine Fokussierung auf den VOL-Bereich statt.

Sachstand:

Die Organisationsuntersuchung des Beschaffungswesens durch das externe Beratungshaus BSL zeigt, dass die Zentralisierung der Beschaffungs- und Vergabeaktivitäten an einer Stelle für die Stadt Nürnberg vorteilhaft ist.

Diese Zentralisierung lässt in Verbindung mit Standardisierungen und Bündelungen eine erhebliche Sachkostensparnis erwarten.

Die Dienststellen behalten dabei die Entscheidungskompetenz für die Bedarfsermittlung und das fachliche Anforderungsprofil, werden aber gleichzeitig von der Durchführung komplexer Vergabeverfahren befreit. Dies gewährleistet auch die Rechtssicherheit der Vergaben.

Insoweit sind die Einrichtung einer strategischen Einkaufs- und Beschaffungsplanung zur Bedarfsbündelung, die Definition stadtweiter Waren-Standards sowie ein Angebotsausbau im EKV-Shop Voraussetzung für die Optimierung.

Ein konkreter Vorschlag für die neue Beschaffungsstruktur wird zur verwaltungsinternen Abstimmung ausgearbeitet und soll nach Beschluss in einem Pilotbereich umgesetzt und evaluiert werden.

IT-Konsolidierung

Ansatz: Einbezug der Eigenbetriebe ASN, SUN und NüSt in die IT-Konsolidierung

Sachstand:

Nach der Führung der Auftaktgespräche beim jeweiligen Eigenbetrieb erfolgte eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur und eine Auswertung dieser Daten, die teilweise noch abgeschlossen werden muss.

Auch wenn sich teilweise die konkreten Umsetzungsvorschläge noch in Bearbeitung befinden, wurden insgesamt Fortschritte im Bereich der Aufwandsschätzungen erreicht, die insbesondere für die Bemessung des Personal- und Sachkostenbedarfs und der Leistungsverrechnung von großer Wichtigkeit sind.

a) bei ASN

Die Evaluierung der Bestandsaufnahme bei ASN wurde abgeschlossen. Ein File-Server von ASN konnte abgelöst werden, da ASN inzwischen Filerkapazitäten von OrgA/IT nutzt. Auch wenn noch keine konkrete Haushaltsentlastung benannt werden kann, hat sich die IT-Konsolidierung hier als zielführend und erfolgversprechend erwiesen.

b) bei SUN

Die vorgenommene Abgrenzung führte zur Erkenntnis, welche SUN-Server grundsätzlich im Rechenzentrum betrieben werden können und welche sinnvollerweise im technischen Netz von SUN. Dabei nutzt SUN sowohl die städtische Datensicherung als auch die städtische Softwareverteilung. Die genaue Umsetzung befindet sich noch in Abstimmung.

c) bei NüSt

Die von OrgA/IT vorgeschlagenen konkreten Konsolidierungsvorschläge incl. Preiskalkulation werden aktuell noch von NüSt geprüft. Nach Vorlage eines Ergebnisses wird gemeinsam ein Umsetzungsplan erstellt.

Fuhrparkmanagement

Ansatz:

Der aktuelle Bestand der städtischen Fahrzeuge hat sich als eher unübersichtlich und schwierig zu erfassen herausgestellt. Hier besteht Potenzial zur Optimierung der Verwaltung, Planung und Steuerung der städtischen Fahrzeugflotte, auch unter den Ansätzen der Hinterfragung des bestehenden Fuhrparkkonzepts und der Prüfung von Möglichkeiten alternativer Bewirtschaftungsformen.

Sachstand:

Für die Untersuchung und Bewertung des Bestands, des Bedarfs und der Nutzung an PKWs ohne spezielle kommunale Auf- und Einbauten wurde eine externe Begleitung für sinnvoll erachtet.

Ziel der Einbindung eines externen Beraters ist es, die optimale Bewirtschaftungsform zu ermitteln und die Kosten des städtischen PKW-Fuhrparks zu senken.

Nach einem durchgeführten Interessenbekundungsverfahren haben die Beratungsunternehmen ihre Angebote im September 2014 präsentiert. Beide Firmen wurden noch dazu aufgefordert, ihr Angebot um die Untersuchung der Auslastung der Referentenfahrzeuge zu erweitern.

Nach einer Entscheidung über die Vergabe der Beratungsleistung soll diese im Herbst 2014 beginnen. Mit der Erstellung einer Potentialanalyse wird bis April 2015 gerechnet. Für die Detailuntersuchung werden danach ca. weitere zehn Monate Zeitbedarf veranschlagt.

Stadtrats- und Ausschussunterlagen

Ansatz:

Reduzierung des Umfangs von Stadtrats- und Ausschussunterlagen

- sowohl bei der Erstellung (z.B. Einführung von Standards für Vorlagen)
- als auch beim Umfang der zu druckenden Unterlagen (vgl. elektr. Ratsinformationssystem)

Sachstand:

Für Vorlagen gilt seit Herbst 2013 die neue Struktur mit der Konzentration auf eine maximal dreiseitige "Entscheidungsvorlage" als zentrales Dokument mit allen entscheidungsadäquaten Informationen, die ggf. um Anlagen ergänzt werden darf.

Dies erleichtert sowohl den Entwurf der Vorlagen als auch die Erfassung beim Lesen der Texte. Zudem kommt diese Begrenzung des Umfangs der Arbeit mit den Vorlagen auf mobilen elektronischen Endgeräten entgegen.

Die Straffung der Gremienunterlagen stand von Anfang an im Zusammenhang mit der besseren Kompatibilität im Hinblick auf den Einsatz elektronischer Medien und der verstärkten Verwendung von elektronischen Unterlagen.

Im Jahr 2015 werden den Mitgliedern des POA als Testphase ausschließlich elektronische Unterlagen und iPads zur Verfügung gestellt. Bei einem Erfolg dieser Testphase ist beabsichtigt, nach und nach auch die weiteren Gremien des Stadtrats einzubeziehen.

Die mittelfristige Entwicklung des Drucks von Vorlagen in Papierform sowie ihrer Vorhaltung in elektronischer Form sollte daher weiter verfolgt werden.

Schuldnerberatungsstelle ISKA

Ansatz:

Auf Vorschlag von Ref. V hin wird eine Prozessuntersuchung bei der Schuldner- und Insolvenzberatung des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) Nürnberg durchgeführt.

Sachstand:

Diese Prozessuntersuchung wurde an ein externes Beratungshaus vergeben und im Juni 2014 begonnen. Die Vorstellung des Ergebnisses ist für den Dezember 2014 vorgesehen.

Das Beratungshaus vergleicht die Schuldnerberatungsprozesse mit anderen Schuldnerberatungen in anderen Städten ebenso wie die Finanzierungssysteme (Pauschal- vs. fallbezogene Finanzierung).